Beiträge zur Geschichte der Novembertage 1918 in Württemberg.

Von Karl Weller.

Die Geschichtschreibung ist dafür verantwortlich, daß der Zukunft ein unverfälschtes Bild der Vergangenheit übermittelt wird; sie muß aber auch schon die Zeitbürtigen in den Stand setzen, das nächstvergangene Geschehen so wahr und so klar wie möglich zu erkennen. Freilich wird sie sich damit abzufinden haben, daß die parteipolitische Gehässigkeit der Gegenwart die Wahrheit noch nicht erträgt und gekränkte Eigenschätzung das Aufgehellte wieder zu verdunkeln strebt. Der Wille zur Erkenntnis ist ein Lebensbedürfnis des sittlich ernsten Menschen; alle echte wissenschaftliche Arbeit und darum auch die geschichtliche Forschung stellt einen unendlichen Wert dar. Es bleibt uns freilich versagt, die Vergangenheit rein aus sich selbst heraus zu verstehen; die geistige Grundanschauung aller Lebenszusammenhänge ist für unser Urteil und damit für die Auswahl des Geschehenen wie die Gruppierung des Stoffs maßgebend; die Geschichtschreibung selber kann einer aus dem Gemüt stammenden inneren Kraft nicht entbehren. Solche Einsicht in die Begrenztheit unserer Erkenntnis und in die notwendige Form der Darstellung gibt dem Geschichtschreiber die wahre historische Objektivität. Sein Streben zu wirklichem Sinnverständnis, sein Trachten die Zusammenhänge zu deuten muß ihn doch in die Tiefe genauester Erkundung und peinlichster Prüfung der Quellen führen: erst aus der Beherrschung des einzelnen ergibt sich ihm die Möglichkeit, die geschichtlichen Vorgänge innerlich zu durchdringen.

In meinem 1929 herausgegebenen Buche „Die Geschichte der Staatsumwälzung in Württemberg 1918—1920“ [1]) habe ich nach jahrelangem Forschen eine eingehende Darstellung der eigentlichen Revolutionstage im November 1918 gegeben (S. 84—120). Seitdem ist nichts veröffentlicht worden, was mir das dort gezeichnete Bild und die daselbst nieder-

1) Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

gelegte Auffassung im ganzen hätte verändern können. Auch im besonderen ist bis jetzt nichts berichtigt worden, abgesehen davon, daß mich ein Brief des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. h. c. Lautenschlager auf ein Versehen aufmerksam gemacht hat, das sein Eingreifen in die Sitzung maßgebender Männer am Abend des 8. November betrifft. Ich habe den Irrtum bereits in einem kleinen Aufsatz richtig gestellt, der in der Besonderen Beilage des Staats-Anzeigers für Württemberg 1930 Nr. 2 „Zur Geschichte der Vortage der württembergischen Revolution 1918" erschienen ist. Um jedoch den Wahrheitsuchenden der Gegenwart ein möglichst selbständiges und objektives Urteil zu ermöglichen und der zukünftigen Geschichtschreibung Irrgänge zu ersparen, seien im folgenden noch einige Berichte Mithandelnder gebracht.

Der nun verstorbene Generaladjutant König Wilhelms II., Generalleutnant von Graevenitz, hat ein Tagebuch hinterlassen, das später auf Grund weiterer Aufzeichnungen von ihm ergänzt wurde. In diesem ist zum 2. November von ihm bemerkt: „Für die unruhigen Zeiten hatte der Kommandant die Besatzung des Waisenhauses mit einer Kompagnie nebst Gewehren, eine Verstärkung der Schloßwache und die Besetzung des südlichen Akademiehofs mit zwei Maschinengewehren in Aussicht genommen. Außerdem sollte zur unmittelbaren Sicherung des Wilhelmspalastes eine Wache von einem Offizier, zwei Unteroffizieren und 18 Mann in diesem selbst untergebracht werden. Ich trug dies Sr. Majestät mit dem Bemerken vor, daß die Wache für den Wilhelmspalast meines Erachtens zu schwach sei, auch mit Maschinengewehren ausgerüstet werden müßte, wenn sie imstande sein sollte, den Palast gegen Angriffe zu halten. Se. Majestät sprach sich darauf prinzipiell dafür aus, daß der Sicherheitsdienst Sache der Polizei sei, während die Truppen nur auf Ansuchen zur Unterstützung dienen; die Unterbringung von Maschinengewehren im Wilhelmspalast lehnte Se. Majestät mit Bestimmtheit ab, da ihre Verwendung nur zu zwecklosem Blutvergießen führen könnte. Auch bezeichnete der König die militärische Wache für den Wilhelmspalast außer den üblichen Ehrenposten als überflüssig, doch wollte er den Anordnungen der verantwortlichen militärischen Behörden (Stellvertretendes Generalkommando und Kommandantur) nicht entgegen sein. Se. Majestät ging dabei davon aus, daß, wenn die Sicherungen im großen keinen Schutz gewähren, diese kleine Wache hiezu auch nicht imstande sein würde. Es verblieb somit bei den Anordnungen der Kommandantur. Feststellen muß ich hiebei, daß, wenn der König auch Blutvergießen möglichst vermieden wissen wollte, ein Verbot des Waffengebrauchs von seiner Seite nie erfolgt ist."

Zum 4. oder 5. November ist bemerkt: „Ein Stuttgarter Bürger hatte an den König ein Immediatgesuch gerichtet mit dem dringenden Vorschlag, es möchten zum Schutz der Stadt und auch des Königs selbst Bürgerwehren errichtet werden. Dem König gefiel dieser Gedanke, und ich überbrachte das Schreiben mitsamt der allerhöchsten Zustimmung dem Kriegsminister, bei dem zufällig auch der Stellvertretende General zugegen war. Ich habe nicht erfahren, ob ablehnende Haltung seitens der Regierung [2]) oder der Stadt oder allzugroßes Vertrauen auf die eigenen Truppen seitens der Vorgesetzten die Schuld trägt, daß Bürgerwehren nicht geschaffen worden sind. Sie hätten bei geeigneter Verwendung von großem Nutzen sein können."

In einem Nachtrag zu seinem Tagebuch hat Generalleutnant von Graevenitz einen „Versuch zur Feststellung der Ursachen, die zu dem völligen Versagen des militärischen Schutzes in Stuttgart am 9. November 1918 geführt haben" niedergeschrieben. Aus diesem seien noch einige Bemerkungen angefügt: „In Württemberg war, seitdem der Kriegsminister von Marchtaler das bis dahin gleichzeitig ausgeübte Amt des Stellvertretenden Kommandierenden Generals an den General der Infanterie von Schäfer abgegeben hatte, die Zusammenwirkung beider Stellen besonders geregelt worden, der Art, daß General von Schäfer von Anfang an nicht dieselbe Freiheit des Handelns besaß, wie sie im Sinn des Belagerungszustandsgesetzes dem nach diesem alleinverantwortlichen Kommandierenden General zukam. Wichtiger als dieser Umstand war aber die von Preußen und vom Reich ausgehende Teilung der Verantwortlichkeit des Militärbefehlshabers mit dem Träger der Zivilgewalt (Minister des Innern). Damit waren weitgehende Vorbeugungsmaßregeln und ein energisches soldatisches Einschreiten unter rücksichtslosem Waffengebrauch nur möglich, wenn die Zivilgewalt sich einverstanden erklärte, beziehungsweise sie forderte." Ferner: „Eine auffallende Tatsache war, daß militärischerseits nirgends von den Waffen Gebrauch gemacht worden ist. Oberstleutnant Wöllwarth, Chef des Wehrkreiskommandos 5, hat mir mitgeteilt, verschiedene Führer der Sicherheitstruppen hätten angegeben, das Schießen sei verboten gewesen. Ein solches Verbot ist von höherer Stelle meines Wissens nicht gegeben worden, es wäre auch sinnlos gewesen. Die Reichsregierung hatte sich allerdings zu der Bestimmung drängen lassen, Militär dürfe nur als angegriffen von der Waffe Gebrauch machen. — Aus Vorstehendem geht hervor, daß wichtige Punkte noch der Feststellung bedürfen,

2) Bleistiftnotiz am Rande: Das Staatsministerium als Ganzes hat hievon, wie ich später erfuhr, keine Kenntnis erhalten.

dabei auch der, ob die Truppen tatsächlich schon so unzuverlässig waren, daß sie bei richtiger Führung ihre Schuldigkeit nicht getan hätten. Oberstleutnant Wöllwarth gab mir an, verschiedene Offiziere hätten die Mannschaften als großenteils brauchbar geschildert. Wenn aber die maßgebenden Stellen die Zuverlässigkeit der Truppen im allgemeinen anzweifelten, dann ist nicht zu verstehen, warum nicht der Anregung aus der Bürgerschaft, Bürgerwehren zu bilden, entsprochen worden ist. Diese Anregung ist auf allerhöchsten Befehl an das Kriegsministerium gegeben worden."

Über die entscheidende Abendsitzung im Ministerium des Innern am 8. November liegen keine gleichzeitigen oder zeitnahen Aufschriebe vor. Der erste, den wir besitzen, ist ein Bericht des Obersten von Haldenwang, den dieser am 9. Juli 1919 dem bis zur Revolution im Amt befindlichen Kriegsminister von Marchtaler eingesandt hat; doch ist er offenbar nach sofort niedergeschriebenen Notizen abgefaßt worden. Er lautet: „Am 8. November abends erhielt ich von Sr. Exzellenz dem Herrn Kriegsminister telephonisch den Befehl, zugleich mit Oberstleutnant von Hummel als Vertreter des Kriegsministeriums einer Besprechung anzuwohnen, die am gleichen Abend um 9 Uhr im Ministerium des Innern stattfinden sollte. Bei dieser Besprechung sollte die innere Lage erörtert und über die Maßnahmen beraten werden, die angesichts der für den folgenden Morgen zu erwartenden Arbeiterkundgebungen zu treffen sein würden. Die Besprechung fand unter dem Vorsitz des Ministers des Innern von Köhler statt und wurde von diesem gegen ½10 Uhr eröffnet. Es nahmen daran noch weiter teil: Ministerpräsident Liesching (nur kurze Zeit anwesend), der Kabinettchef Freiherr von Neurath, der Stellv. Kommandierende General Exzellenz von Schäfer, der Kommandant von Stuttgart Exzellenz von Scharpff, Oberstleutnant Breyer als Vertreter des Chefs des Stabs, Major der Landwehr Hegelmaier vom Stellv. Generalkommando, Präsident von Haag, Ministerialrat Neuschler vom Ministerium des Innern, der Oberbürgermeister von Stuttgart Lautenschlager, der Stadtdirektor von Nickel, der Polizeidirektor Ludwig u. a. m. — Der Vorsitzende erteilt nach einigen einleitenden Worten, in denen er auf die von den Arbeitern für den 9. geplanten Kundgebungen und ihre möglichen Folgen hinweist, zunächst dem Stadtvorstand das Wort. Oberbürgermeister Lautenschlager führt aus: Die Unruhe in den Arbeiterkreisen, die schon vor einigen Tagen in Friedrichshafen zum Einschreiten genötigt habe, dränge nunmehr auch in den Stuttgarter Großbetrieben zur Entladung. Er stehe seit mehreren Tagen in Unterhandlungen mit den sozialdemokratischen Füh-

rern. Der Abgeordnete Keil habe ihm erklärt, daß von gemäßigter Seite alles geschehen sei, um die Bewegung einzudämmen, es sei jetzt aber nicht mehr möglich, die Arbeiterschaft zu beruhigen. Die Leidenschaften seien durch die Vorgänge im Reich, durch die am 7. November erfolgte Ausrufung des Volksstaats Bayern und durch die Maßregelung der Führer der Friedrichshafener Bewegung bis zum Siedepunkt erhitzt. Seitens der Führer der Mehrheitssozialdemokratie werde alles getan, um Ausschreitungen der Massen am 9. morgens zu verhindern, es müsse aber damit gerechnet werden, daß die Demonstranten vom Schloßplatz aus zu den Kasernen, zum Rathaus und zu einzelnen Ministerien ziehen würden, um die Truppen für sich zu gewinnen und sich der Leitung der Stadt und der Regierungsgewalt zu bemächtigen. Polizeidirektor Ludwig, vom Vorsitzenden befragt, ob die Schutzmannschaft in der Lage sein werde, den Abmarsch der Massen vom Schloßplatz zu verhindern, verneint dies. Die verfügbaren Schutzleute — etwa 250 — würden hiezu nicht imstande sein und müßten sich darauf beschränken, die allgemeine Ordnung aufrecht zu halten. Auch die Heranziehung der nach der Angabe des Landjägerkommandanten nur in geringer Zahl verfügbaren Landjäger würde hieran nichts ändern können. Der Vorsitzende stellt die Frage, welche Maßnahmen zum Schutze des Königs getroffen seien, falls die Demonstranten versuchen würden, in den Königspalast einzudringen. Der Stadtkommandant Exzellenz von Scharpf teilt mit, daß eine Kompagnie zum Schutze des Wilhelmspalasts im Waisenhaus untergebracht sei; außerdem sei die Schloßwache verstärkt und noch eine besondere Wache im Wilhelmspalast selbst untergebracht. Im übrigen würden die Truppen der Garnisonen am 9. morgens in den Kasernen alarmbereit gehalten. Der Kabinettchef Freiherr von Neurath hält die zum Schutze des Königs getroffenen Maßnahmen, soweit man die Verhältnisse übersehen könne, für ausreichend. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie man sich verhalten solle, wenn die Demonstranten im Rathaus und in den Ministerien die Übergabe der Verwaltung bzw. der Regierungsgewalt fordern sollten, erklärt Oberbürgermeister Lautenschlager: er als Stadtvorstand stehe auf dem Standpunkt, daß die Rücksicht auf das Wohl der Einwohnerschaft allem andern voranzustellen sei; ein Widerstand oder die Verweigerung weiterer Mitarbeit nach Übernahme der Stadtverwaltung durch die Demonstranten würde nur zu schwerer Schädigung der Einwohnerschaft, insbesondere auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, führen; er werde daher seine Mithilfe nicht versagen, um die geordnete Verwaltung der Stadt aufrechtzuerhalten und in diesem Sinn auch auf die städtischen Beamten einzuwirken. Präsident von Haag,

unterstützt von Ministerialrat Neuschler, nimmt scharf Stellung gegen die Ausführungen des Stadtvorstands. Man dürfe sich nicht widerstandslos dem Willen der Menge beugen. Die Minister, die verfassungsgemäß vom König in ihre Stellungen eingesetzt seien, müßten sich mit allem Nachdruck weigern, die Leitung der Geschäfte aus den Händen zu geben, und dürften ihre Diensträume keinesfalls verlassen. Das schwächliche Verhalten der Stadtverwaltung dürfe nicht zum Muster dienen. Minister von Köhler bemerkt hiezu, daß man schließlich doch werde nachgeben müssen, da man es doch nicht dazu kommen lassen könne, daß die Demonstranten Gewalt anwenden. Präsident von Haag gibt das zu, hält aber schärfsten Protest und Ablehnung weiterer Mitarbeit für geboten. Dann würden die neuen Machthaber sehr bald die Unmöglichkeit einsehen, die Regierungsgeschäfte ohne die erfahrene Beamtenschaft fortzuführen. Der Vorsitzende ersucht die militärischen Dienststellen, sich darüber zu äußern, ob es möglich sei, die Bewegung am 9. morgens niederzuhalten. Der Stellv. General, Exzellenz von Schäfer, führt aus: nachdem man die Abhaltung der Massenversammlung auf dem Schloßplatz am 9. morgens zulasse, könne es sich jetzt nur noch um die Frage handeln, ob das Militär in der Lage sei, den Anmarsch der Massen vom Schloßplatz nach den verschiedenen Zielpunkten zu verhindern. Hierzu müsse er sagen, daß bei der für diese Aufgabe ungünstigen Gestalt des Schloßplatzes mit seinen vielen Zugangswegen nicht einmal die Friedensgarnisonen ausgereicht haben würden, um die Absperrung wirksam durchzuführen, wenn man nicht von der Schußwaffe Gebrauch machen wollte. Mit den jetzigen Besatzungstruppen, deren Disziplin und Zuverlässigkeit an diejenige der Friedenstruppen entfernt nicht hinreichten, würde die Aufgabe erst recht nicht erfüllt werden können, und daß diese Truppen, wenn es notwendig werden sollte, schießen würden, glaube er nicht. Minister von Köhler hält nach dieser Erklärung, die leider als Zugeständnis der militärischen Ohnmacht diesen Verhältnissen gegenüber angesehen werden müsse, weitere Erörterungen und Beschlußfassungen für wenig nutzbringend. Es müsse eben jeder, und zwar jeder an seiner Stelle, so handeln, wie er es nach Pflicht und Gewissen für das Beste halte. Damit schließt die Besprechung gegen 10¾ Uhr abends."

In Aufzeichnungen des Kriegsministers von Marchtaler ist noch folgendes bemerkt: „Der Kommandierende General erzählte mir, die Besprechung sei sehr in die Breite gegangen, ohne ein bestimmtes Ergebnis zu zeigen. Der Minister des Innern wie der Stadtvorstand seien sich nicht klar gewesen über die Absichten, die die Sozialdemokratie mit ihrer Demonstration verfolge. Beinahe sämtliche Anwesende hätten sich dann

für abwartende Stellung ausgesprochen. Nur Präsident von Haag vom Ministerium des Innern habe die Ansicht vertreten, daß von Anfang an energisches Vorgehen geboten sei, während Oberbürgermeister Lautenschlager für äußerste Zurückhaltung eingetreten sei. Er, General von Schäfer, habe darauf hingewiesen, daß Unruhen nur in den ersten Anfängen erstickt werden können; jetzt, nachdem Versammlungen und Demonstrationszüge nach den Weisungen der Reichsregierung zugelassen seien, werde es schwer halten, wenn nicht unmöglich sein, die morgen in zahlreichen stärkeren Gruppen durch die Straßen flutenden Mengen im Zaum zu halten. Hiezu reichten die verfügbaren Truppen nach Zahl, Ausbildung und innerer Verfassung nicht aus. Im übrigen seien von ihm alle denkbaren Maßregeln getroffen."

Präsident von Haag gab mir auf mein dringendes Ansuchen am 20. August 1927 die folgende Darstellung; als ich die Bitte an ihn aussprach, lag mir überhaupt sonst noch kein irgendwie verläßlicher Bericht über die Abendsitzung vor: „I. In Erwiderung Ihres gefälligen Schreibens vom 17. April 1927 will ich im folgenden versuchen, aus meiner Erinnerung, für die ich keine schriftliche Aufzeichnung als Unterlage besitze, die ich aber durch eine am 16. ds. Mts. mit Herrn Polizeipräsident Klaiber hier gehabte mündliche Aussprache etwas aufgehellt habe, über die Sitzung im Ministerium des Innern am Abend des 8. November 1918 (Freitag) Ihnen Mitteilung zu machen. II. Die Sitzung wurde, wohl nur einige Stunden vor ihrem zwischen 8 und 9 Uhr liegenden Beginn, von dem damaligen Staatsminister des Innern Dr. von Köhler anberaumt und geleitet. An der Sitzung nahmen außer Exzellenz Dr. von Köhler teil der Ministerialdirektor des Ministeriums des Innern Präsident von Haag, der Ministerialberichterstatter Ministerialrat Dr. Neuschler (jetzt Präsident des Verwaltungsrats der Gebäudebrandversicherungsanstalt und Vorstand der Abteilung für das Hochbauwesen), der Vorstand der Landespolizeizentralstelle und Leiter der militärischen Zentralpolizeistelle Württemberg Regierungsrat Hauptmann Klaiber (jetzt Polizeipräsident von Stuttgart), ein Vertreter der städtischen Polizeidirektion Stuttgart (ob Polizeidirektor Dr. Ludwig oder Polizeirat Dr. Aichele, kann ich nicht sagen)[3]). Ferner der Stellvertretende Kommandierende General des XIII. (K. Württ.) Armeekorps, General d. Inf. von Schäfer, und mindestens ein militärischer Begleiter, und Major Ministerialrat (jetzt Wirkl. Staatsrat) Dr. Hegelmaier und vielleicht Hauptmann Dr. Raiser (jetzt Direktor der Württ. Privatfeuerversicherung AG. in Stuttgart)[4]). Sodann ein oder zwei Vertreter des Kriegsministe-

3) Es waren beide anwesend. — 4) Dr. Raiser wohnte der Sitzung nicht an.

riums, deren Namen ich nicht anzugeben vermag. Weiter der Kabinettchef Seiner Majestät des Königs Freiherr von Neurath (jetzt deutscher Botschafter in Rom) und Oberbürgermeister Lautenschlager in Stuttgart. Endlich war zugegen ein Herr aus Heidelberg, der am 8. November, von München kommend und nach Hause reisend, in Stuttgart seine Fahrt unterbrochen hatte. Sein Name ist mir nicht geblieben. Meiner Erinnerung nach führte er den Doktortitel und stand in der zweiten Hälfte der zwanziger oder im Anfang der dreißiger Jahre. Gegen Ende der Sitzung erschien noch Oberregierungsrat Liesching, über den der Staatsminister des Innern der Versammlung mitteilte, daß er im Laufe des Tages (8. November 1918) mit Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des neugebildeten Staatsministeriums von Seiner Majestät dem König beauftragt worden sei. Liesching blieb nicht lange und verließ die Sitzung vor ihrem Schluß. III. Der Staatsminister des Innern Dr. von Köhler eröffnete die Sitzung mit einigen Bemerkungen. Ihr Zweck sei eine Aussprache über die Lage, wie sie sich in der allerletzten Zeit entwickelt habe, und über die Stellung, die zu den drohenden Ereignissen einzunehmen sei. Er erteilte hierauf dem Oberbürgermeister Lautenschlager das Wort. Dieser berichtete, daß im Laufe des Nachmittags des 8. November 1918 von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Keil und anderen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in Württemberg auf dem Rathaus mit ihm darüber verhandelt worden sei, daß für Samstag, den 9. November 1918 vormittags eine große Straßendemonstration der Arbeiterschaft geplant sei, und daß es darauf ankomme, ihr keine Hindernisse in den Weg zu legen. Die Sozialdemokratie glaube nur auf diese Weise es ermöglichen zu können, die radikalen Elemente im Zaum zu halten und einen blutigen Aufruhr zu verhindern. Der Oberbürgermeister habe über die Angelegenheit eine Beratung des Gemeinderats herbeigeführt, deren Ergebnis der Beschluß gewesen sei, den Dingen, da sie nicht mehr aufzuhalten seien, den Lauf zu lassen. Auf die Frage, wohin das führen werde oder könne, räumte der Oberbürgermeister ein, daß die Ausrufung der Republik nicht ausgeschlossen sei. In diesem Augenblick verließ der Kabinettchef Freiherr von Neurath die Sitzung, um sich, wie sich später herausstellte, zu Sr. Majestät dem König zu begeben und ihm Bericht zu erstatten. Ich gab meiner Entrüstung über die schwache Haltung des Rathauses lebhaften Ausdruck und vertrat den Standpunkt, daß der umstürzlerischen Bewegung mit allem Nachdruck und nötigenfalls mit den Waffen entgegengetreten werden sollte. Die Seite, von der die Revolution betrieben werde, sei eine entschiedene Minderheit, wie sich aus der Zusammensetzung der

Abgeordnetenkammer und den ihr vorausgegangenen Wahlen ergebe; die Mehrheit des Volkes wolle von einem Umsturz nichts wissen. Oberbürgermeister Lautenschlager entgegnete, die Bewegung sei schon so stark, daß sie überhaupt nicht, jedenfalls nicht ohne schweres Blutvergießen, unterdrückt werden könne. Er fühle sich für die Sicherheit und Ruhe der Bürgerschaft verantwortlich und sei daher nicht für bewaffnete Gegenwehr. Auf der Seite des Stellvertretenden Generalkommandos war keine Stimmung für blutige Niederschlagung eines Aufstands. Ich hatte den Eindruck, daß der Militärbefehlshaber nicht mehr den Glauben hatte, daß er sich auf die Truppe verlassen könne. Als der Kabinettchef wieder erschienen war, teilte er mit, daß Seine Majestät der König nicht haben möchte, daß um seinetwillen es zum Blutvergießen komme. Das Ergebnis der Besprechung kam darauf hinaus, die Dinge so gehen zu lassen und hinsichtlich des Schutzes Seiner Majestät des Königs sich auf das Notwendigste zu beschränken. — Der Herr aus Heidelberg machte einige Mitteilungen über die Vorgänge aus München. — Oberregierungsrat Liesching sprach wenige Worte und enthielt sich einer bestimmten Stellungnahme. — Die rasch zusammenberufene Versammlung war allem nach veranlaßt durch eine dem Staatsminister des Innern (wohl durch Oberbürgermeister Lautenschlager) zugegangene Nachricht über die Verhandlungen auf dem Rathaus im Laufe des 8. November 1918."

Der Vertreter des unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution in Berlin abwesenden Chefs des Stabs des Stellvertretenden Generalkommandos hat mir auf mein Ersuchen am 10. Oktober 1930 folgenden Aufschrieb zur Verfügung gestellt: „Das Stellvertretende Generalkommando verfolgte schon im Sommer und Herbst mit großer Besorgnis die fortschreitende Zersetzung in den Ersatztruppenteilen seines Kommandobereiches. Die Vorkommnisse beim Abtransport des ins Feld gehenden Ersatzes zeigten, daß die Disziplinlosigkeit immer weiter um sich griff. Der Stellvertretende Kommandierende General, General d. Inf. von Schäfer, war unablässig bedacht, das Wachsen dieses Übels zu unterbinden. Es lag ihm vor allem am Herzen, sich eine zuverlässige Truppe zu schaffen, auf die er sich bei etwaigen inneren Unruhen stützen konnte. Eine solche Truppe stand ihm in den Rekrutendepots zur Verfügung. Als diese aber von der Obersten Heeresleitung unmittelbar hinter die Kampffront herangezogen wurden, ging auch dieser letzte Rückhalt verloren. Das Bestreben, sich aus den Ersatztruppenteilen ein zuverlässiges Kontingent herauszuziehen, schlug fehl. In kürzester Frist wurden auch solche zusammengestellte Truppen von disziplinlosem Geiste erfaßt. — An den Schutz des Königs zu denken, war nicht außer acht

gelassen worden. Für diesen hätte sich jeder Offizier freudig zur Verfügung gestellt. Seine Majestät der König lehnte aber unabweislich jegliche außerordentlichen Schutzmaßnahmen für seine Person ab mit dem Hinweis, nur wenn jeder Offizier auf seinem Posten bleibe, könne damit gerechnet werden, daß Ruhe und Ordnung im Bereiche der Truppen erhalten bleibe. — Die außerordentlich gespannte Lage im Reiche sowie die Vorkommnisse im benachbarten Bayern führten zu der schwerwiegenden Abendsitzung im Ministerium des Innern am 8. November. Nachdem die ausschlaggebenden Persönlichkeiten sich über die innerpolitische Lage des Landes geäußert hatten, kam dabei die Frage zur Erörterung, wie entstehenden inneren Unruhen begegnet werden solle. Präsident von Haag trat in energischer Weise dafür ein, alle Mittel des Widerstands anzuwenden. Der Stellvertretende Kommandierende General wurde zur Stellungnahme aufgefordert. Er war sich wohl bewußt, daß von seinen Worten sehr viel abhing. Doch er war ein Mann, der nur sagte, wovon er selbst ganz überzeugt war. Er wußte, daß ihm zum aktiven Handeln eine zuverlässige Truppe nicht zur Verfügung stand. Er mußte mit aller Berechtigung sagen, daß seiner Überzeugung nach die vorhandene Truppe zur Aufnahme eines Straßenkampfes nicht zu gebrauchen war. Ferner lag der Wunsch des Königs vor, jegliches Blutvergießen zu vermeiden, und die Bitte an die Offiziere, an ihren zugewiesenen Plätzen zu verweilen, um nach Möglichkeit die militärische Ordnung innerhalb ihres Befehlsbereichs aufrecht zu erhalten. Der damalige Kabinettchef des Königs, Freiherr von Neurath, derzeitiger Botschafter in Rom, wohnte gleichfalls der Sitzung bei. Das an ihn gestellte Ansuchen, Seine Majestät doch zu bestimmen, Stuttgart zu verlassen, da der König jeglichen ihm zugedachten persönlichen Schutz verbiete, lehnte er mit dem Bemerken ab, daß der Entschluß Seiner Majestät, in Stuttgart zu bleiben, unabänderlich feststehe. Von der Sitzung, die bis tief in die Nacht hinein dauerte, ging General d. Inf. von Schäfer zum Stellvertretenden Generalkommando zurück und blieb dort, auch während der Nacht vom 8. auf 9. November, bis zum Zeitpunkte seines Rücktritts am 9. November abends. — Am 9. November war das ganze Stellvertretende Generalkommando mit seinem Kommandierenden General an der Spitze auf seinem Posten. Alle Versuche, den Befehlsbetrieb zu stören oder an sich zu reißen, waren erfolglos; keiner der Aufständischen konnte im Generalkommando in die Befehlsgewalt eingreifen. Erst am späten Abend, als die Ereignisse wie im ganzen Reich auch in Stuttgart ihren unabänderlichen Weg gegangen waren, trat General der Infanterie von Schäfer von seinem Posten zurück. Wer

ihn gekannt hat, der weiß, daß er ein Mann von vornehmster Denkweise, von unermüdlichem Arbeitseifer und von großem persönlichem Mute war. Er hat allezeit jeder Gefahr mannhaft ins Auge geschaut. — Nach den Ereignissen des 9. November entband Seine Majestät der König die Offiziere ihres auf seine Person geleisteten Eides und richtete erneut an diese das Ersuchen, auf ihrem Posten auszuharren zum Besten der Heimat, insbesondere des Württemberger Landes. Und diesem Wunsche ihres Königs kamen viele Offiziere, wenn auch oftmals schweren Herzens, nach."

Nach der Veröffentlichung meines Buches schickte mir Oberbürgermeister Dr. h. c. Lautenschlager in Stuttgart am 27. Dezember 1929 einen Brief zu, der einige dankenswerte Ergänzungen und Berichtigungen einschließt. Es dürfte von Wert sein, auch im Wortlaut zu geben, was Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager in bezug auf die Einzelheiten meiner Darstellung mitteilt: „1. Ich habe Herrn Keil in der Zeit vor der Revolution mit keinem Auge gesehen, kein Wort mit ihm ‚verhandelt' und ebensowenig mit irgendwelchen andern Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei. Die einzige ‚Verhandlung' vor dem 9. November war die mündliche Mitteilung eines sozialdemokratischen Gemeinderats am Donnerstag, den 7. November, daß es am Samstag Ernst werde, die Bewegung im Reiche greife auf Württemberg über, es werde die Republik ausgerufen, die Regierung gestürzt werden. 2. Wahr ist, daß ich am Freitag, am 8. November, nachmittags in einer Sitzung der zu dieser Zeit versammelten Bauabteilung, zu der einige weitere telephonisch eingeladene Kollegialmitglieder, sowie die Vorstände der größeren städtischen Ämter sich eingefunden hatten, Mitteilung von meiner Absicht gemacht habe, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen. Der Entwurf dieses Aufrufs wurde eingehend besprochen und nach einer kleinen Abänderung von allen Rednern mit Ausnahme eines einzigen gutgeheißen. 3. Die Aussprache im Rathaus hatte nicht den Zweck, meine Stellungnahme zu ‚veranlassen', denn diese stand schon vorher fest. Die Aussprache führte auch nicht zu einer andern Haltung der staatlichen Behörden, denn diese wußten zu dieser Zeit gar nichts davon. 4. Ich habe weder mündlich noch schriftlich noch telephonisch die Einberufung der Sitzung angeregt; diese ist meines Wissens vielmehr veranlaßt worden durch Erzählungen eines Herrn, der über die Ereignisse in München aus eigenem Erleben am gleichen Tag zunächst dem Herrn Polizeidirektor Dr. Ludwig, sodann im Ministerium des Innern dem Herrn Ministerialrat Dr. Neuschler berichtete. 5. Zu ergänzen ist, daß ich nicht etwa der erste Redner war, daß vielmehr einleitende Worte

des Vorsitzenden vorausgingen, dann die Mitteilungen des Herrn aus München folgten; erst im Laufe der weiteren Besprechung wurde Polizeidirektor Dr. Ludwig über seine Kenntnis der vermutlichen Vorgänge befragt, worauf dieser die Frage mit dem Bemerken weitergab, ich würde wohl mehr wissen als er. Darauf habe ich meine Ausführungen gemacht, aber kein Wort von ‚Unterhandlungen mit den sozialdemokratischen Führern', denn sie hatten nicht stattgefunden. Wohl aber gab ich von dem Entwurf des Aufrufs, der zu dieser Zeit bereits der Presse übergeben war, Kenntnis, ohne daß irgend jemand in der Sitzung dagegen nur mit einem Wort Widerspruch erhoben hätte. 6. Nach meiner Erinnerung sprach Herr von Schäfer von einem Anmarsch der Massen nach dem Schloßplatz und seinen ‚50 Zufahrtsstraßen' und daß er, um diesen abzuhalten, ‚ein Armeekorps' brauchen würde; er habe weder Weisungen von Berlin noch vom Großen Hauptquartier, er könne nicht eingreifen, er habe keine zuverlässigen Truppen, die letzten seien am Dienstag zuvor aus Ludwigsburg ins Feld gezogen. 7. Wie schon ausgeführt, wurde [die Kundgebung] nicht in der Nacht erlassen, sie war zu der Zeit, da die Sitzung stattfand, bereits in Druck gegeben. 8. Der Kundgebung ist ein ganz falscher Sinn unterlegt. Ebenso ist falsch die Auffassung, als ob der Ausbruch der Revolution in Stuttgart zu verhüten gewesen wäre, wenn damals eine zuverlässige Kompagnie zur Unterdrückung der Revolution vorhanden gewesen wäre." Als ich Herrn Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager auf einige Stellen in dem eben erschienenen Buche des damaligen Innenministers Dr. von Köhler, des Einberufers und Leiters der Abendsitzung, aufmerksam machte (Zur Geschichte der Revolution in Württemberg S. 136 ff.), nämlich daß der Oberbürgermeister durch den Abgeordneten Keil über die Lage aufgeklärt worden sei und den Staatsminister gebeten habe, eine gemeinsame Besprechung zu veranstalten, erhielt ich eine Erwiderung vom 21. Januar 1930: „Ich kann nur wiederholen, was ich am 27. Dezember unter Ziffer 1 geschrieben habe; ich habe inzwischen Herrn Keil gesprochen, er bestätigte mir, daß ein Verkehr zwischen uns beiden in jenen Tagen nicht stattgefunden habe." Ferner: „Die Sätze geben den tatsächlichen Verlauf der Vorgänge nicht richtig wieder; ich habe ‚die Besprechung nicht gewünscht'; Herr Dr. Ludwig hatte am Nachmittag des 8. November bei der Besprechung mit Herrn Ministerialrat Dr. Neuschler den Eindruck gewonnen, daß man im Ministerium über die Dinge, die da kommen sollten, recht wenig unterrichtet war; bei dieser Gelegenheit wird er von der Absicht des Herrn von Köhler, Einladungen zu einer ‚möglichst umgehenden Besprechung' ergehen zu lassen, erfahren haben; vermutlich be-

merkte er dazu, es werde angezeigt sein, auch Vertreter der Stadt einzuladen; mir ist wenigstens erinnerlich, durch Vermittlung des Herrn Dr. Ludwig zu der Besprechung eingeladen worden zu sein."

Der Landwehrhauptmann, der am 9. November die Kompagnie im Waisenhause befehligte, teilte mir am 20. Januar 1931 folgendes mit: „Die zur Bewachung des Königs bestimmte Wachkompagnie befand sich zweifellos teils in der Schloßwache, teils im Wilhelmspalast. Die sämtlichen Wachen in Stuttgart waren stets selbständig; keine war der andern unterstellt, vielmehr standen sie alle direkt unter dem Befehl des Gouvernements." „Am Vormittag des 9. November erhielt ich vom Gouvernement den Auftrag, den Befehl über die im Waisenhaus bestimmte Kompagnie an Stelle ihres nicht erschienenen Kompagnieführers zu übernehmen. Obwohl, wie ich weiß, die Instruktion für diese Fälle vorhanden war, konnte ich trotz meiner ausdrücklichen Bitte von Exzellenz Scharpff am 9. November weder eine mündliche noch eine schriftliche Instruktion erhalten. Ich habe diese selbst vom Waisenhaus aus wiederholt telephonisch, jedoch vergeblich, zu erlangen versucht." „Bei meinem Eintreffen im Waisenhaus war dasselbe bereits von einer dichten Menge umgeben. Ich habe nun meines Erinnerns von den drei Zugführern zwei Offiziere in den Waisenhaushof beordert. Ich selbst habe mit dem dritten Zugführer von der Kapelle aus die Menge auf dem Karlsplatz beobachtet, weil ich aus dieser Richtung, insbesondere vom Karlsplatz her, am ehesten ein Vorgehen befürchtete. Die Maschinengewehre blieben unaufgedeckt auf dem Handwagen, weil sie einer ausdrücklichen Anordnung gemäß nicht gezeigt werden sollten. Als, offenbar einer Vereinbarung entsprechend, Schlag 10 Uhr die Menge völlig unerwartet in den Hof des Waisenhauses eindrang, sprang ich sofort in denselben. Dort habe ich schon von der Treppe aus, die zur Kapelle führte, ‚an die Gewehre' kommandiert. Auf dieses Kommando nahm die Kompagnie, von der ich weder einen Unteroffizier noch einen Mann auch nur mit Namen, geschweige denn hinsichtlich seiner Zuverlässigkeit kannte, die Gewehre auch zur Hand, jedoch nur, um sie umzudrehen und die Kolben vom Lauf abzuschlagen. Gleichzeitig füllte sich der Hof mit Bewaffneten." „Im Unmut mag ich nach der Katastrophe zu meinen drei Kameraden gesagt haben, wir vier können mit der Stadt Stuttgart keinen Krieg führen. Diese Äußerung ist nicht etwa vorher gefallen, und insbesondere nicht in dem Sinn, daß wir uns überhaupt und von vornherein geweigert hätten, unsere Pflicht zu erfüllen." — Ich bemerke zu dieser Darstellung des Kompagnieführers, daß nach den andern zuverlässigen Nachrichten seine Meinung, die Soldaten seiner Kompagnie haben die

Gewehrkolben abgeschlagen, irrig ist; die Täter waren vielmehr eindringende Revolutionäre im Soldatenrock.

Noch möchte ich zwei Irrtümer ausdrücklich berichtigen, die bereits durch den Druck Verbreitung gefunden haben, damit sie nicht von einem späteren Geschichtsschreiber wiederholt werden.

In dem Buche des Staatsrats Dr. Hegelmaier „Staatsformen, Kritische Betrachtung der heutigen Möglichkeiten" (Stuttgart 1927, W. Kohlhammer) findet sich S. 22 ff. folgende Mitteilung: „In Württemberg kamen die sozialdemokratischen Führer im Spätsommer 1918 zur obersten Gewalt im Lande und sagten: ‚Laßt uns gewähren, wir werden die Massen im Zaume halten. Die Ordnung wird aufrecht erhalten bleiben. Aber wenn ihr uns nicht gewähren laßt, bürgen wir für nichts.' Als dann die Welle der Revolution kam, wurden alle diese Bürgen der bestehenden Ordnung mitgerissen und taten mit. Die alten Sozialdemokraten fürchteten, der Weg gehe über sie hinweg, und suchten sich an die Spitze zu stellen. Als ihnen dies gelungen war, machten sie ihren Einfluß dahin geltend, daß die öffentliche Ordnung wenigstens notdürftig aufrecht erhalten blieb, und erklärten später: ‚Wir haben Deutschland aus dem Chaos gerettet'." Dr. Hegelmaier stand in der entscheidenden Zeit der Abwehr- und Sicherheitsabteilung beim Stellvertretenden Generalkommando vor. Ich befragte nun darüber den jetzt verstorbenen Generalleutnant von Ströbel, als er mir einen Besuch machte; dieser war während des ganzen Kriegs Chef des Stabs des Stellvertretenden Generalkommandos. Er übermittelte mir folgende Antwort aus einem Briefe des ihm durch die Arbeit im Roten Kreuz nahestehenden Staatsrats Dr. Hegelmaier an ihn vom 12. Dezember 1928: „Zu der Frage ... kann ich nur bestätigen, was in meiner Schrift über die Staatsformen steht. Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie waren vor dem 9. November wiederholt beim Stellvertretenden Generalkommando; meines Erinnerns hat sie der damalige Hauptmann der Landwehr, jetzige Generaldirektor Dr. Raiser empfangen. Dabei versicherten sie, sie wollten schon für Ruhe sorgen und dafür einstehen, wenn man ihre Presse nicht so sehr einschränke und die Demonstrationen gewähren lasse. Darüber wird wohl Herr Generaldirektor Dr. Raiser ergänzende Mitteilungen machen können." Auf eine Anfrage bei diesem erhielt ich am 5. Januar 1929 die Auskunft: „Die Angabe des Staatsrats Hegelmaier, die Führer der Sozialdemokratie seien vor dem 9. November wiederholt beim Stellvertretenden Generalkommando gewesen und seien von mir empfangen worden, kann ich nicht bestätigen. Ich muß aber bemerken, daß ich in den letzten Wochen vor dem 9. November 1918 Krankheitsurlaub hatte

und erst am 7. oder 8. November den Dienst beim Stellvertretenden Generalkommando wieder angetreten habe. Wenn also die Besprechung stattgefunden hat, müßte sie von meinem damaligen Stellvertreter — ich glaube mich zu erinnern, daß es der jetzige Landgerichtspräsident Faber in Rottweil war — abgehalten worden sein." Landgerichtspräsident Faber[5]) schrieb mir am 13. Januar 1929: „Leiter der politischen Abteilung des Stellvertretenden Generalkommandos war bis zur Revolution Staatsrat Hegelmaier; Direktor Dr. Raiser stand einer Unterabteilung vor. Als Dr. Raiser einige Monate vor der Revolution Krankheitsurlaub bekam, wurde ich — bis dahin beim Oberkriegsgericht beschäftigt — sein Nachfolger. Ich habe nicht mit den Führern der Sozialdemokratie, insbesondere nicht vor der Revolution, verhandelt. Es ist mir nichts davon bekannt, daß vor der Revolution seitens des Stellvertretenden Generalkommandos Verhandlungen mit den Führern der Sozialdemokratie stattgefunden haben. Dunkel erinnere ich mich an folgendes: Einige Zeit vor der Revolution handelte es sich darum, Crispien, der zum Heer eingezogen war, aus Gründen der politischen Taktik zu entlassen. Hierüber mögen Verhandlungen stattgefunden haben." In einem Brief des Obersten H. Breyer in Ludwigsburg an Generalleutnant v. Ströbel vom 4. Februar 1929 heißt es ähnlich: „Von Verhandlungen mit Gewerkschaftsführern und Mehrheitssozialisten, die kurz vor dem 9. November oder an diesem Tag stattgefunden haben, ist mir nichts bekannt. Da ich damals Euer Exzellenz vertreten habe, könnte dies kaum ohne mein Wissen erfolgt sein. Exzellenz von Schäfer hat alle Vorkommnisse mit mir besprochen. Ob irgendwelche Besprechungen mit anderen Stellen des Stellvertretenden Generalkommandos (Presse- oder Abwehr- und Sicherungsabteilung) stattgefunden haben, entzieht sich meiner Kenntnis."

In dem Buche des Archivdirektors i. R. Dr. v. Schneider, „Aus der württembergischen Geschichte, Beiträge und Abhandlungen" (Stuttgart 1926, W. Kohlhammer) S. 267 wird erzählt: „Am Abend des 10. November wurde Freiherr v. Neurath durch Liesching in das Staatsministerium gebeten, der ihm erklärte, daß die tatsächliche Macht in den Händen der revolutionären Regierung im Ständehaus sei; das Ministerium bitte um Vermittlung seiner Entlassung. Der Kabinettschef holte sie sogleich telephonisch in Bebenhausen ein. Während er noch anwesend war, kamen Abgeordnete aus dem Ständehause, die Liesching, Kiene, Lindemann, Pistorius behufs Bildung der neuen Regierung in das Ständehaus beriefen. Pistorius lehnte sofort ab; Liesching und

5) Derzeit Senatspräsident in Stuttgart.

Kiene ließen sich durch dringende Vorstellungen zur Annahme bewegen für den Fall, daß König Wilhelm damit einverstanden sei." Die ganze Nachricht geht auf die Aufzeichnungen des Kabinettchefs selber zurück, die v. Schneider bekannt geworden waren. In einem Punkte aber liegt hier ein Irrtum der Erinnerung vor. Auf meine Anfrage teilte mir Finanzminister a. D. Professor Dr. v. Pistorius in einem Briefe vom 10. Juli 1928 darüber mit: „Wir, d. h. die sogenannte Regierung, waren im Staatsministerium; daneben im Ständehaus tagte der Arbeiter- und Soldatenrat und die Masse, soweit sie Zulassung begehrte und fand. Ein Herüber und Hinüber durch Mittelspersonen, die beiderseits Zutritt hatten, fand wiederholt statt (Liesching, Lindemann usw.). Abends zwischen 6 und 7 Uhr kam die Botschaft aus dem Ständehaus (meines Erinnerns überbrachte sie Liesching): es sei endlich der Vorschlag durchgedrungen, eine sozialistische Regierung zusammen mit einem Vertreter der drei bürgerlichen Parteien Volkspartei (Demokratie), Zentrum und Deutsche Partei zu bilden, und es seien vorgeschlagen bezw. in Aussicht genommen Liesching, Kiene und Baumann. Von mir war gar nicht die Rede und konnte, da ich kein Parteimann war, gar nicht die Rede sein. Die (irrige) Darstellung von Schneider mag sich so erklären, daß ich abgelehnt habe, dem wenige Tage zuvor gebildeten königlichen Ministerium beizutreten und erst nach allseitigem Drängen, auch führender Männer der Rechten und der Ersten Kammer, und insbesondere durch die Bitte des Königs mich bewegen ließ, meine Weigerung aufzugeben. Daraus ergab sich allerdings klar, daß ich auf keinen Fall dem parlamentarischen Revolutionsministerium beitreten würde, aber, wie gesagt, diese Weigerung einem Antrag gegenüber ausdrücklich auszusprechen, hatte ich nicht Gelegenheit."

Die angegebenen Irrtümer von denkbar bestunterrichteten Männern mögen zugleich einen Einblick gewähren, welche Mühe es den Forscher kostet, die wirklichen Vorgänge zu erkunden, wie leicht selber die Berichte wahrheitliebender Augen- und Ohrenzeugen und Mithandelnder von ausgezeichnetem Urteil und Charakter im einzelnen ein Versehen enthalten. Bereits nach Ablauf kurzer Zeit hätten viele wichtige Geschehnisse überhaupt nicht mehr geklärt werden können. Die historische Wirklichkeit festzustellen, schon eine einfache Begebenheit ohne fremde Beimischung treu wiederzugeben, ist viel schwieriger, als man gewöhnlich meint. Mit Recht sagt Wilhelm von Humboldt: „Die Wahrheit des Geschehenen erscheint wohl einfach, ist aber das Höchste, was gedacht werden kann."